

- (A) trale für gesundheitliche Aufklärung vier Publikationen zum Thema Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung in leichter Sprache veröffentlicht. Darüber hinaus finden sich weitere Informationen in leichter Sprache und Gebärdensprache auch auf dem barrierefreien Webportal [www.einfach-teilhaben.de](http://www.einfach-teilhaben.de), das ständig weiter ausgebaut wird.

#### Anlage 29

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Gerd Müller auf die Frage des Abgeordneten **Heinz Paula** (SPD) (Drucksache 17/1917, Frage 57):

Setzt sich die Bundesregierung für ein einheitliches Gütesiegel für Restaurants, zum Beispiel orientiert am dänischen System, ein, damit jeder Besucher auf einen Blick sieht, was die Behörden von dem Restaurant halten?

Die Bundesregierung befürwortet ein hohes Maß an Transparenz in der Lebensmittelüberwachung. Sie begrüßt daher den Beschluss der einschlägigen Fachgruppe der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz, LAV-ALB, vom 25. und 26. März 2010, Kontrollergebnisse umfassend und auf bundeseinheitlicher Grundlage transparent zu machen. Der Beschluss spiegelt das Bestreben der Länder wider, nach anfänglichen Alleingängen nunmehr ein bundeseinheitliches Vorgehen zu favorisieren. Die Umsetzung des Beschlusses findet in einer Projektgruppe statt, an der der Bund mit Gastrecht, BMELV und das BVL, mitwirkt. Ob es im Ergebnis zu einem Gütesiegel nach dänischem Vorbild oder einem anderen Modell zur Transparentmachung der Kontrollergebnisse in Deutschland kommen wird, bleibt der Meinungsbildung der Projektgruppe respektive der Länder vorbehalten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es zu einem angemessenen Interessenausgleich einerseits der grundgesetzlich geschützten Rechte, Schutz vor Geschäftsheimnissen, Datenschutz, Verfahrensrechte, der betroffenen Unternehmen und andererseits der Informationsinteressen der Verbraucher kommt.

#### Anlage 30

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Gerd Müller auf die Frage des Abgeordneten **Heinz Paula** (SPD) (Drucksache 17/1917, Frage 58):

Wird die Bundesregierung in Anlehnung an die erfolgreiche Kampagne gegen „Schmuddellokale“ in Berlin-Pankow und das Vorhaben des Bezirksamtes, im Abstand von einem halben bis zu zwei Jahren Hygienekontrolleure zu beauftragen, eine bundesweite Kampagne starten und, wenn nein, warum nicht?

Die Antwort auf diese Frage schließt an die vorherige an. Die Bundesregierung begrüßt die Erarbeitung bundeseinheitlicher Grundsätze zur Transparentmachung von Betriebskontrollergebnissen. Sie zieht einen solchen bundeseinheitlichen Ansatz einer Kampagne, die sich lediglich auf das in Berlin-Pankow praktizierte Modellsystem stützt, vor.

- Hinsichtlich der Kontrollfrequenzen hat sich die Projektgruppe in ihrer 1. Sitzung am 26. Mai 2010 darauf verständigt, dass sich das System zur Transparentmachung von Kontrollergebnissen in die Kontrollroutine der Länder einfügt. Die Vergabe von Gütesiegeln oder anderen Kennzeichnungselementen soll nicht dazu führen, die amtliche Kontrolle zu lenken.

#### Anlage 31

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt auf die Frage des Abgeordneten **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 17/1917, Frage 59):

Bestätigt die Bundesregierung Medienberichte, dass die Fregatte der Bundesmarine „Hessen“ zur Unterstützung eines US-Marine-Kampfverbandes um den Flugzeugträger „USS Harry S. Truman“ und um weitere Kriegsschiffe abkommandiert sein soll, der auf dem Weg zu der US-Navy-Flotte mit dem US-Flugzeugträger „USS Dwight D. Eisenhower“ ist, die bereits vor der Küste des Iran im Arabischen Meer stationiert ist, und dass die deutsche Fregatte dem US-Kommando unterstellt werden soll, und, wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung dies angesichts der Gefahr, dass das deutsche Kriegsschiff in einen drohenden Krieg mit dem Iran verwickelt wird?

Die Fregatte „Hessen“ ist gegenwärtig als erstes Schiff der Deutschen Marine in einen amerikanischen Marineverband um den Flugzeugträger „USS Harry S. Truman“ integriert und begleitet diesen auf der Fahrt durch das Mittelmeer in den Indischen Ozean. Von dort wird sie den Flugzeugträger „USS Eisenhower“ auf seiner Rückverlegung aus dem Einsatz in das Mittelmeer begleiten und dann die Heimreise nach Wilhelmshaven antreten. Die Fregatte „Hessen“ wird nicht in die Operationsgebiete der US-Marine im Persischen Golf verlegen.

Einheiten der Deutschen Marine nehmen ausschließlich im Rahmen der vom Deutschen Bundestag mandatierten Einsätze teil. Die Integration der Fregatte „Hessen“ in einen amerikanischen Marineverband hat einen reinen Ausbildungs- und Übungscharakter. Ein Herauslösen aus dem Verband ist durch die deutsche Seite jederzeit möglich.

Mit dem Vorhaben soll in erster Linie die technische und organisatorische Zusammenarbeit weiter verbessert werden. Die Deutsche Marine sieht darin einen signifikanten Erfahrungs- und Fähigkeitengewinn. Der Einsatz der Fregatte „Hessen“ ist Ausdruck der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der deutschen und amerikanischen Marine.

#### Anlage 32

##### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt auf die Frage des Abgeordneten **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 17/1917, Frage 60):

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Menschen, die seit Juni 2009 auf Initiative oder unter Mitwirkung der Bundeswehr oder anderer deutscher Stellen in Afghanis-

- (A) tan in ISAF-Listen wie JEL – Joint Effects List – mit oder ohne Zusätze wie „capture or kill“ aufgenommen wurden, über deren Festsetzung und ihr weiteres Schicksal oder ihre Tötung, und wie viele Angehörige oder andere Menschen kamen bei Operationen gegen die Gelisteten ums Leben?

Die Beteiligung der Bundeswehr an der International Security Assistance Force, ISAF, in Afghanistan schließt auch die nationale Teilhabe am Verfahren des sogenannten Targeting ein. Die Mitwirkung am Targeting-Prozess und dessen Durchführung richten sich nach den einschlägigen Verfahrensregeln der ISAF sowie nach der geltenden nationalen und NATO-Befehls- und Weisungslage.

Der Targeting-Prozess umfasst zunächst die Identifizierung und die Auswahl potenzieller militärischer Ziele, gegen die im Sinne des Auftrages eine beabsichtigte Wirkung erzielt werden soll. Die Wirkungsempfehlungen des Targeting umfassen dabei die gesamte Bandbreite des militärischen Handelns vor Ort und beschränken sich nicht ausschließlich auf die Anwendung militärischer Gewalt.

Ziele, deren Verfolgung mit militärischen und nicht-militärischen Mitteln gebilligt ist, werden auf der sogenannten Joint Prioritized Effects List, JPEL, aufgeführt. Geplanten militärischen Maßnahmen gegen Einzelpersonen geht dabei eine eingehende Prüfung und Bewertung sowie ein komplexes Abstimmungs- und Genehmigungsverfahren voraus.

- (B) Zielnominierungen und Zugriffsoptionen, bei denen deutsche Kräfte die Verantwortung für die Anwendung militärischer Gewalt haben, die Ausführung übernehmen oder sich daran beteiligen, erfolgen ausschließlich mit dem Ziel, die Zielperson festzusetzen.

Seit Juni 2009 wurden von deutscher Seite insgesamt acht Personen, denen nach vorliegender Erweislage ein konkretes Gefährdungspotenzial gegenüber ISAF und den afghanischen Sicherheitskräften zugeordnet werden konnte, über den Befehlshaber im ISAF Regionalkommando Nord als zuständiger Instanz zur Nominierung auf der JPEL vorgeschlagen. Von diesen Personen, ihren Angehörigen und anderen Menschen in unmittelbarer Umgebung konnte in Verantwortung oder unter Beteiligung von Kräften der Bundeswehr bisher niemand festgesetzt werden.

### Anlage 33

#### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt auf die Fragen des Abgeordneten **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 17/1917, Fragen 61 und 62):

Inwiefern wird die Bundeswehr auch in den Jahren 2011 und 2012 das bilaterale Polizeiprojekt zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte mit dem Feldjägerschulungskommando Afghan National Police, ANP, wie zurzeit in einer durchhaltefähigen Stärke von 45 Feldjägern unterstützen, und inwieweit ist ein personeller Aufwuchs geplant?

Wird die Bundeswehr das bilaterale Polizeiprojekt zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte in den Jahren 2010, 2011 und 2012 ausschließlich durch Feldjäger unterstützen?

(C) Die Bundeswehr unterstützt das bilaterale Polizeiprojekt zur Polizeiausbildungsunterstützung der afghanischen Polizei im Rahmen des Focused District Development Programms im Kern mit dem Feldjägerschulungskommando ANP.

Darüber hinaus unterstützt die Bundeswehr in der Trainingsphase im deutschen Polizeitrainingszentrum im Rahmen der Sanitätsausbildung durch Sanitätskräfte und der „IED-awareness“ durch Fachpersonal und bei Einsatz in den Distrikten durch Kräfte zum Schutz der Police Mentoring Teams.

Die Fortsetzung dieser nationalen Unterstützungsleistungen im laufenden Jahr sowie in den Jahren 2011 und 2012 ist vorgesehen.

### Anlage 34

#### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Hermann Kues auf die Frage der Abgeordneten **Katja Dörner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 17/1917, Frage 63):

Beabsichtigt die Bundesregierung, Einsparungen beim Elterngeld darüber zu realisieren, dass das Elterngeld für Transferempfänger oder Studierende gekürzt wird oder vollständig wegfällt, und, wenn ja, wie hoch werden die dadurch erzielten Einsparungen nach Ansicht der Bundesregierung sein?

(D) Am 7. Juni 2010 hat die Bundesregierung ihre Klaufürsitzung zum Bundeshaushalt durchgeführt. Auf dieser Sitzung wurden auch Einsparungen beim Elterngeld beschlossen. Das Einsparvolumen durch den Verzicht auf die doppelte Leistung von Elterngeld und Arbeitslosengeld II beläuft sich auf rund 400 Millionen Euro. Dagegen sind etwa Studierende, die Leistungen nach dem BAföG beziehen, von den Einsparungen nicht betroffen.

### Anlage 35

#### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Daniel Bahr auf die Fragen der Abgeordneten **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 17/1917, Fragen 64 und 65):

Welche Belastungen – absolut und prozentual – entstehen für gesetzlich Krankenversicherte mit Erwerbseinkommen zwischen 500 und 700 Euro, wenn, wie in der Presse berichtet, die Pläne des Bundesministeriums für Gesundheit, eine Pauschale von durchschnittlich 30 Euro einzuführen, umgesetzt würden und ein auf Antrag abgesenkter Beitragssatz von minimal 5 Prozent gilt?

Wie stellt sich die Bundesregierung das Verfahren zum Nachweis der Bedürftigkeit aufgrund eines geringen Gesamteinkommens vor, das zu einer Ermäßigung des Beitragssatzes führen soll, und teilt sie die Einschätzung, dass für ein solches Verfahren – laut einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung – jährlich mindestens 250 Millionen Euro Bürokratiekosten entstehen?

Zu Frage 64:

Das Bundesministerium für Gesundheit will eine Mehrbelastung durch die Systemumstellung im unteren Einkommensbereich vermeiden. Dies muss bei einer konkreten Umsetzung sichergestellt werden.